

Viel besser wird es nicht – Deutschlands Arbeitsmarkt am Höhepunkt

Holger Schäfer, 28.08.2022

Die Anzahl der Erwerbspersonen in Deutschland hat einen Höhepunkt erreicht. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung kann in Zukunft aber kaum mit weiteren Steigerungen gerechnet werden. Somit wird der Arbeitsmarkt als Quelle für weitere Wohlstandszuwächse schon in der mittleren Frist nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die Anzahl der Erwerbspersonen umfasst Erwerbstätige zuzüglich der Erwerbslosen und beschreibt den Kreis der Personen, die – erfolgreich oder nicht – aktiv am Arbeitsmarkt teilnehmen. Zusammen mit der durchschnittlichen Arbeitszeit determiniert sie das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot – und damit die Menge an Gütern und Dienstleistungen, die maximal mit einer gegebenen Technologie und Kapitalausstattung produziert werden können. Sinkt die Anzahl der Erwerbspersonen und erfolgt keine Kompensation durch eine höhere Arbeitszeit, eine Reduzierung der Erwerbslosigkeit, mehr Kapitaleinsatz oder eine effizientere Technologie, reduziert sich der Wohlstand. Dies wird insbesondere dann zu Verteilungskonflikten führen, wenn die Bevölkerung insgesamt weniger stark schrumpft als die Bevölkerung im Erwerbsalter und in der Konsequenz jeder Erwerbstätige Einkommen für eine wachsende Anzahl nicht erwerbstätiger Personen erwirtschaften muss.

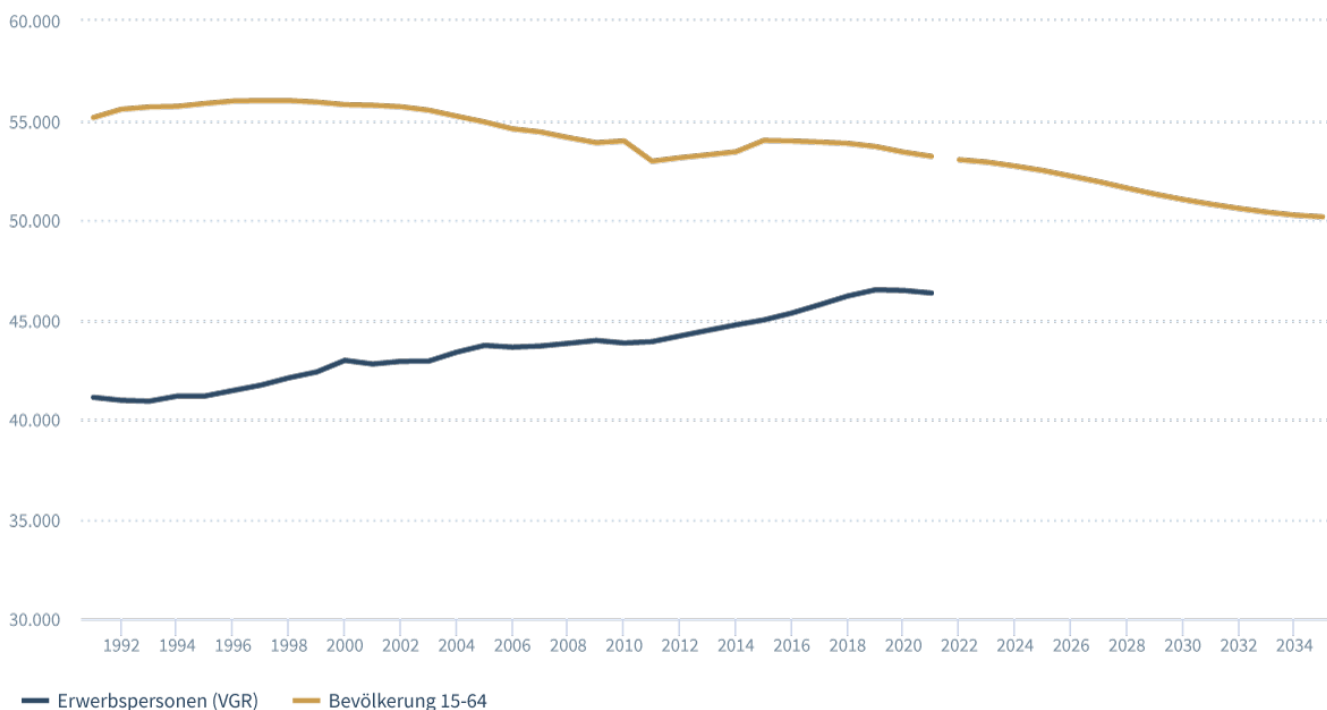
Seit 1991 ist die Anzahl der Erwerbspersonen um über 5 Millionen angestiegen, wobei verschiedene

Zeitreihenbrüche einen langfristigen Vergleich erschweren. So sind insbesondere die Angaben aus dem Mikrozensus – eine von mehreren Quellen für die Bestimmung der Anzahl der Erwerbspersonen – ab 2020 nur bedingt mit Vorjahren vergleichbar (Statistisches Bundesamt, 2021a). Vor diesem Hintergrund kann zwar nicht abschließend beurteilt werden, inwieweit der aktuelle Rückgang der Erwerbspersonen in den Jahren 2020 und 2021 ein Resultat der Covid-Pandemie, ein statistisches Artefakt oder ein Resultat des Rückgangs der Bevölkerung im Erwerbsalter ist. Gegen die These eines reinen Corona-Effektes spricht jedoch, dass in den betreffenden Jahren der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung nicht gesunken ist, sondern weiter zunahm. Diese Erwerbsquote hätte abnehmen müssen, wenn sich Menschen wegen der Corona-Krise vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hätten. Auch die seit 2021 wieder anziehenden Stellenangebote sprechen gegen eine solche Vermutung: Personen aus der Stillen Reserve, die nicht zu den Erwerbspersonen zählen, aber grundsätzlich an einer Erwerbstätigkeit interessiert sind, hatten schon im letzten Jahr gute Chancen für eine Rückkehr auf den Arbeitsmarkt.

Die parallele Betrachtung der Entwicklung von Erwerbspersonen und der Bevölkerung legt vielmehr nahe, dass der Rückgang der Bevölkerung immer weniger mit einer Erhöhung der Erwerbsneigung kompensiert werden kann (Grafik). Bis zum Jahr 2035 wird die Bevölkerung

Bevölkerung und Erwerbspersonen

1.000 Personen, jeweils im Alter von 15 bis 64 Jahren



ab 2022 Fortschreibung auf Basis von Statistisches Bundesamt (2021b), Variante "hoher Wanderungssaldo"
Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

im Erwerbsalter von 15 bis 64 Jahren um weitere 3 Millionen schrumpfen. Bei dieser Vorausberechnung ist bereits eine vergleichsweise hohe Nettozuwanderung von 420.000 Personen pro Jahr bis 2023 und 320.000 in den Jahren bis 2035 unterstellt (Statistisches Bundesamt, 2021b). Zwar konnte diese Größenordnung der Zuwanderung seit 2012 überwiegend erreicht werden, eine Garantie für kommende Jahre ist das jedoch nicht.

Wollte man ein Absinken der Bevölkerung im Erwerbsalter verhindern, wäre das in der mittleren Frist nur durch eine noch höhere Zuwanderung erreichbar, als in der Projektion unterstellt ist. Fuchs et al. (2021) schätzen, dass dafür ein jährlicher Wanderungssaldo von 400.000 erforderlich wäre. Angesichts einer durchschnittlichen Abwanderung von über einer Million pro Jahr in den letzten 10 Jahren müssten jährlich mithin brutto rund 1,5 Millionen Personen einwandern. Dies stellt hohe Anforderungen an die Zuwanderungspolitik – zumal das Potenzial der bisherigen Hauptherkunftsländer in Osteuropa aus demografischen Gründen ebenfalls schrumpft. So wird die Geburtenrate im Jahr 2030 in Polen bei 1,5 Kindern pro Frau, in Rumänien bei 1,7 und in Bulgarien bei 1,6 Kindern liegen. Diese Werte

sind nicht höher als in Deutschland, wo knapp 1,6 Kinder zu erwarten sind. Vergleichbares gilt für osteuropäische Länder außerhalb der EU. So wird die Geburtenrate in Russland – noch ohne potenzielle Folgen des Krieges – bei 1,6 liegen (UN, 2022). Es wird mithin erforderlich sein, bereits mittelfristig eine substantielle Anzahl von Zuwanderern aus Drittländern zu rekrutieren.

Ergänzend zur Zuwanderung könnte trotz schrumpfender Erwerbsbevölkerung die Anzahl der Erwerbspersonen konstant gehalten werden, wenn die Erwerbsbeteiligung weiter zunimmt. Ausgehend von der in der Grafik dargestellten Projektion der Bevölkerung müsste die Erwerbsquote um weitere 5 Prozentpunkte steigen. Grundsätzlich ausgeschlossen ist das nicht, in der Vergangenheit konnten solche Zuwächse durchaus erzielt werden: Die Lücke zwischen Bevölkerungsanzahl und Anzahl der Erwerbspersonen wurde stetig kleiner. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass jede weitere Steigerung schwieriger wird. Bevölkerungsgruppen mit Potenzial sind vor allem Ältere und Frauen, die gegenwärtig niedrigere Erwerbsquoten aufweisen als Männer bzw. Personen im Haupterwerbsalter. Im europäischen Vergleich ist die Erwerbsquote der Frauen in Deutschland

aber bereits überdurchschnittlich. Nur Schweden und die Niederlande kommen auf deutlich höhere Werte. Dagegen liegt die Quote in Frankreich 5 Prozentpunkte und in Italien sogar fast 20 Prozentpunkte niedriger. Auch bei den Älteren von 50 bis 64 Jahren liegt die Erwerbsquote in Deutschland in der europäischen Spitzengruppe. Nur Schweden schneidet hier um 7 Prozentpunkte deutlich besser ab, wohingegen Italien 14 Prozentpunkte unter der Quote in Deutschland liegt. Insgesamt müsste die Erwerbsquote auf das Niveau Schwedens steigen, um den Bevölkerungsrückgang zu kompensieren.

Eine dritte Möglichkeit der Kompensation besteht in einer Ausweitung der Arbeitszeit. In Frage kommt dabei nicht nur eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit, sondern auch eine Verringerung des Teilzeitanteils. Letzterer ist im europäischen Vergleich hoch, lediglich in den Niederlanden findet sich ein deutlich höherer Teilzeitanteil. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass zwischen Teilzeitanteil und Erwerbsbeteiligung ein Zusammenhang bestehen kann. Wenn sich bisher nicht erwerbstätige Personen dazu entscheiden, eine Beschäftigung aufzunehmen, erfolgt dies oft in Teilzeit. Bezieht man das Arbeitsvolumen auf die Bevölkerung im Erwerbsalter, so zeigt sich, dass der Grad der Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nur mittelmäßig ist. Eine hohe Erwerbsbeteiligung wird mit einer niedrigen durchschnittlichen Arbeitszeit erkaufte. Bei der Arbeitszeit handelt es sich um eine individuelle Entscheidung, die anhand persönlicher Präferenzen getroffen wird. Die Politik kann allenfalls Rahmenbedingungen schaffen, mit denen die Ausübung einer Vollzeitbeschäftigung attraktiv ist. Berücksichtigt werden muss dabei, dass die größer werdende Arbeitskräfteknappheit dazu führen wird, dass Arbeitnehmer in stärkerem Maße als bisher ihre Interessen durchsetzen können – darunter auch ein Interesse an einer Verkürzung der Arbeitszeit.

Deutschlands Arbeitsmarkt ist nach über 15 guten Jahren an einem Höhepunkt angekommen. Ein Rückgang der Anzahl der Erwerbspersonen bis 2030 wird voraussichtlich nicht zu verhindern sein. Es erscheint unwahrscheinlich, dass es in den wenigen zur Verfügung stehenden Jahren gelingen wird, eine große Anzahl Zuwanderer aus Drittländern zu attrahieren und gleichzeitig die Erwerbsbeteiligung auf neue Rekordwerte zu

steigern. Das heißt allerdings nicht, dass der Versuch, unterbleiben sollte, die Effekte abzumildern. Erforderlich ist eine Zuwanderungspolitik, die zum Beispiel monatelange Verzögerungen bei der Erteilung von Visa zur Einreise beseitigt oder die die Expertise der Zeitarbeit bei der Rekrutierung von Fachkräften nutzt, statt sie gesetzlich zu untersagen. Effektive Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung sind nicht einfach zu identifizieren. Ein Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur könnte es Eltern erleichtern, einer Beschäftigung – auch in Vollzeit – nachzugehen. Großes Potenzial hätte eine Erhöhung des Renteneintrittsalters. Solche Reformen haben indes in der Regel einen langen Vorlauf und können – selbst wenn es einen dahingehenden politischen Konsens gäbe – die Lage bis 2030 mutmaßlich nicht mehr entspannen. Die Arbeitszeit ist Sache der Tarifpartner, die Politik kann hier allenfalls den Rahmen gestalten. Bisher allerdings wurden die Anreize eher in Richtung Arbeitszeitverkürzung gesetzt – hier ist ein Umsteuern erforderlich.

Literatur

Fuchs, Johann et al., 2021, Demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen, IAB-Kurzbericht Nr. 25, Nürnberg

Statistisches Bundesamt, 2021a, Mikrozensus Qualitätsbericht, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2021b, Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020, Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2035, Wiesbaden

UN – Vereinte Nationen, 2022, Department of Economic and Social Affairs, Population Division, World Population Prospects 2022, custom data acquired via website, <https://population.un.org/wpp/> [28.7.2022]